

Pressemitteilung:

Vertreter verschiedener Fraktionen des Starnberger Stadtrates (Bürgerliste, CSU, GRÜNE und DieParteifreien) trafen sich am letzten Wochenende zu einer gemeinsamen Vorbesichtigung der Baustelle an der neu entstehenden Starnberger Westumfahrung. Den offiziellen Termin der Stadtverwaltung diesen Freitag um 13.00 Uhr können viele Räte wegen ihrer Berufstätigkeit nicht wahrnehmen. Die Fraktionsvertreter fanden eine nicht eingezäunte und offene Baustelle vor.

Einig waren sich die Fraktionsvertreter darin, dass die Starnberger Westumgehung zwar zu einer Entlastung der Hanfelder Straße beitragen werde, die Probleme des Starnberger Durchgangsverkehrs alleine aber nicht lösen, sondern nur verlagern werde. Die Vertreterinnen der Grünen monierten gar massive Umweltschäden, die durch eine lediglich unvollendete Teillösung nicht kompensiert werden könnten. Ohne den umstrittenen Starnberger B2-Tunnel oder ohne die umstrittene Nordostumfahrung Starnbergs befürchteten viele eine weitere Zunahme des Verkehrs auf der ohnehin stark befahrenen Starnberger Hauptstraße. Einig waren sich die Fraktionsvertreter deshalb darin, dass Bürgermeisterin John nun endlich den nochmaligen Auftrag des Stadtrates vom September 2016 ernsthaft anpacken müsse und umgehend Gespräche über realistische Entlastungsmöglichkeiten mit den staatlichen Behörden führen müsse. Um diese Gespräche drücke sich die Bürgermeisterin nach übereinstimmender Auffassung seit ihrem Amtsantritt erfolgreich herum. Anstatt dessen würden Szenarien zur vermeintlichen Entlastung der Starnberger Innenstadt in den Vordergrund geschoben. Das wiederum war aber nicht Kernauftrag des Planes zur Verkehrsentwicklung, mit dessen Erstellung der Stadtrat die Bürgermeisterin im Oktober 2014 beauftragt hatte. Außer einer von beinahe allen Fraktionen abgelehnten SHP-Ausarbeitung zu ortsnahen Umfahrungen, konnte die Bürgermeisterin sowie das von ihr beauftragte Planungsbüro nach übereinstimmender Auffassung der Fraktionsvertreter bislang nichts zur Lösung des Starnberger Hauptproblems, des Durchgangsverkehrs, beitragen. Die Kosten einer ortsnahen Umfahrung nach der Planung von SHP beziffert das Planungsbüro auf circa 100 bis 196 Millionen Euro. Hier kämen auf den Baulastträger nach Auffassung der Fraktionsvertreter auch nicht tragbare utopische Kosten zu. Eine weitere Diskussion hierzu konnte im Ausschuss und Rat bislang aber leider nicht geführt werden, da der Abschlussbericht von SHP vom August 2016 dem Stadtrat bislang nicht zur Beratung vorgelegt worden ist.

Nun warten die Fraktionen gespannt auf Termine zu Gesprächen mit den entscheidungszuständigen staatlichen Behörden. Jeweils ein Vertreter jeder Fraktion darf an diesen Gesprächen teilnehmen, so der Auftrag des Stadtrates an die Starnberger Bürgermeisterin.

An der Besichtigung der Baustelle nahmen teil die Stadträte Thomas Beigel (CSU), Annette von Czettritz (GRÜNE), Stefan Frey (CSU), Angelika Kammerl (DieParteifreien), Franz Heidinger (Bürgerliste), Michael Mignoli (Bürgerliste), Martina Neubauer (GRÜNE), Fritz Obermeier (CSU) und Dr. Klaus Rieskamp (Bürgerliste)